

(V) Bildungsgerechtigkeit (32 S.)

- ➔ Bildungssystem verteilt Chancen, teilt Menschen ein, daher ist es ein Faktor von Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft
- ➔ Bildungssystem sollte zu mehr Gerechtigkeit beitragen und soziale Ungleichheiten nicht noch verstärken

Relevanz der Sozialethik der Bildung

- ➔ Heute: Wissensgesellschaft oder Bildungsgesellschaft (vs. früher Agrargesellschaft, Industriegesellschaft...)
- Wissen und Können in allen gesellschaftlichen Bereichen von höherer Relevanz:
 - Kommunikation/Information/Medien
 - Wissenschaft
 - Ernährung und Gesundheit, ...
- ➔ Klare Korrelation z.B. von Gesundheit und Bildung (höherer Bildungsstand = meist höhere Lebenserwartung/Gesundheit)
- Wissen und Bildung als gesellschaftliche Faktoren: Bedingung von
 - Technischer Entwicklung
 - Wirtschaftlichem Erfolg, Wohlstand ganzer Gesellschaft
 - Vermeidung ökologischer Zerstörung
 - Politischer Steuerbarkeit, Demokratie
- ➔ **Es zeigt sich, dass Bildung zu einem Gerechtigkeitsfaktor wird**
- **Gerechtigkeit in der Wissensgesellschaft – gerechte Erzeugung und Verteilung der Ressource „Wissen“:**
 - *Erzeugung und Finanzierung von Wissen (wenn privat, dann muss man Geld haben, um Bildung zu erlangen)*
 - *Zugang zu Wissen (Ist Bildung für alle zugänglich?)*
 - *Qualität von Wissen*
 - *Kompetenzen im Erwerb von Wissen und im Umgang damit (Schlüsselkompetenzen, nicht nur Inhalte)*
- ➔ *Ungerechte Beteiligung an Bildung = neue „soziale Frage“*
- ➔ Dreigliedriges Schulsystem als Problem kritisiert, da man schon früh zugeordnet wird (ist umstritten, wird diskutiert)
- In Tradition christlicher Sozialethik eine relativ späte Entdeckung
 - Klassische Themen: Eigentum, Kapital, Arbeit, Marktwirtschaft, Armut und Reichtum, Soziale Sicherung, Staat und Recht, Krieg und Frieden
 - Moderne Themen: Menschenrechte, Entwicklungspolitik, globale Gerechtigkeit, Umweltethik, übernationale wirtschaftliche und politische Systeme sowie deren Steuerung
 -> 2004/2005 Beginn der Thematisierung von Bildungsgerechtigkeit

Sozialethik:

Methode: (christliche) sozialethik als moralische Reflexion politischer Praxis im Kontext von (christlichen) Ethostraditon

- ➔ Prinzip funktioniert auch für muslimische, humanistische ... Sozialethik

Dreischritt	Sehen	urteilen	handeln
Sozialwissenschaften	Wahrnehmung und Analyse der Ausgangslage	Folgen und Nebenfolgen (-> Moralphilo zum Verständnis)	Ursachenbekämpfung unintendierte Folgen, Implementierbarkeit
Moralphilo	Problem der Wertfreiheit	Moraltheorien, Diskurs	Zumutbarkeit

Identitäts-Semantiken	Sensibilität, Anwaltschaft	eigene Ethostraditionen (hier christlich)	Korrektur eigener Praxis, Vorbild (Bsp. Armenfürsorge)
-----------------------	----------------------------	---	--

- ➔ PISA: „sehen“
- ➔ Menschenrecht auf Bildung: „urteilen“
- ➔ Kirchliche Schulen: „handeln“

im kirchlichen Kontext (Überlegungen wie: Führt dieses eigentlich gute Engagement zu Ungleichheit? -> hauptsächlich katholische Gymnasien, oft Ausschluss andersgläubiger Schüler etc.)

PISA – Programme for International Student Assessment

15jährige SuS – internationale Vergleichbarkeit

OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit) – Mitglieder v.a. „Industrieländer“

- ➔ Wirtschaftliches Interesse? (Wirtschaft hat Interesse an gut gebildeten SuS, aber Studie reduziert nicht nur auf Wirtschaftliche Interessen)

Kompetenzprüfung: Lesekompetenz, Mathematische Kompetenz Naturwissenschaftliche Kompetenz

- ➔ Internationale Vergleichbarkeit
- ➔ Blendet auch wertvolle Wissensbereiche aus
- ➔ Prüft aber grundlegende Kompetenzen, die für die Anknüpfung an wissenschaftliche Entwicklungen und Teilhabe in der Gesellschaft relevant sind
- ➔ Punktesystem zum Vergleich der Ergebnisse der abgefragten Kompetenzen
- ➔ Stichprobe kann je nach Land erweitert werden, z.B. innerhalb Deutschlands werden mehr Kinder genommen als nötig für den internationalen Vergleich, um z.B. einen Bundesländervergleich durchzuführen
- ➔ Bisher 7 Studien: 2000 – 2003 – 2006 – 2009 – 2012 – 2015 – 2018, außerdem Erwachsenenpisa 2013 und Bildungsbericht Bundesregierung (2022 neuster)

Erste PISA-Studie 2000:

- 180.000 Jugendliche
- Ergebnis war in DE schlecht – überall unter dem Durchschnitt (Lesen: schlechter als Durchschnitt -> nur elementares Lesen, Hälfte davon Kinder ohne Migrationshintergrund, also Kinder mit der Landessprache als Muttersprache)
- DE ist es am schlechtesten gelungen, die schlechtesten SuS zu fördern (Differenz der Mittelwerte zwischen den SuS war enorm hoch und Lehrer erkannten nur 15% derer, die nur elementar Lesen können)
- Hohe Differenz der Mittelwerte: Kinder aus Migrationshintergrund/Kinder mit mehr Bedarf werden schlechter mitgenommen, als wenn die Differenz weniger hoch ist
- Kritik: Klassenstufe und Alter nicht immer gleich – z.B. oft Kinder aus Migrationshintergrund mit 15 eine Stufe tiefer, da wegen Sprachproblemen z.B. später eingeschult) – methodisches Problem: wer gilt denn als Migrationskind? Gilt das nur, wenn NUR die fremde Muttersprache gesprochen wird? -> z.B. japanischer Manager spricht mit seinen Kindern Japanisch, aber wegen hohem Bildungsniveau und Förderung sind die Kinder trotzdem gut in Deutsch und in der Schule) + Kompetenzen sollen zwar unabhängig von Lehrplänen auswertbar sein, aber wenn man etwas in Mathe noch nicht geübt hat, ist man wahrscheinlich schlechter + PISA bevorzugt SuS, die in Mathe und Naturwissenschaften besser sind, Geisteswissenschaften sind ausgeblendet, bis auf die Lesekompetenz

Konstruktive Reaktionen:

- Schock über Abschneiden
- Sorge um ökonomische Konsequenzen
- Sorge um gesellschaftliche Integration (bis 2005 auch starker Anstieg der Arbeitslosigkeit)
- Sorge um Chancengleichheit (nur dann ist es gerecht besseren Lohn für bestimmte Arbeiten zu bekommen)

- Förderung einer Integration von Sozialpolitik und Bildungspolitik (daher heute Sozialarbeiter an Schulen)
- Förderung lebenslangen Lernens
- Förderung besserer finanzieller Ausstattung des Bildungssystems
- Förderung nach Reformen im Bildungssystem

Überzogene Reaktionen:

- Schuldzuweisungen: an Lehrer*innen und Eltern
- Kurzschlussreaktion -> Reformen ohne Nachzudenken
- Ausrichtung aller Reformbemühungen nur auf bessere PISA Ergebnisse
- Übertriebener Glaube an einfache Herstellbarkeit der besseren Ergebnisse

Defensive Reaktionen:

- Vorwurf der Ökonomisierung
- Kritik an Methode, Repräsentativität etc. von PISA

Kontroverseste Punkte:

- Umstellung auf NUR noch Ganztagschule?
- Kinderkrippen/Bildungsauftrag von Kindergärten (für Migrantenkinder Kita oft wichtig und besserer Übergang in die Schule)
- Drei-/viergliedriges Schulsystem abschaffen? (Anregungspotential in Hauptschule schlecht, Sammelbecken für die, die glauben, dass sie sowieso schlecht sind)
- Qualitätskontrolle von Unterricht?
- Autonomie der Schule (Zentralabitur, aber Autonomie dahingehend, WIE man den Stoff dafür vermittelt?)
- Bildungsmarkt (Idee: Marktförmige Organisation besser – „Bildungsgutscheine“)
- Beamtenstatus für Lehrer*innen (Unkündbarkeit sorgt dafür, dass man sich keine Mühe geben muss?)
- Föderalismus abschaffen?

PISA 2018:

- Lesen leichte, Mathe + Naturwissenschaften deutliche Verschlechterung zu 2012 (seit 2015 höherer Anteil an Flüchtlingskindern, die mitgeprüft werden + viele Quereinsteiger wegen Lehrermangel + weniger gute Ausstattung der Schulen mit z.B. Medien im internationalen Vergleich)
- Insgesamt: alle drei Kompetenzbereiche knapp über OECD-Durchschnitt, Verbesserung zu 2000

TIMMS-Studie 2020:

- Kompetenzen Mathematik und Naturwissenschaften von 4. Klässler*innen geprüft
- Mathematik leicht unter OECD und EU-Durchschnitt
- 25% nur rudimentäre und niedrige Kompetenzen, nur 6% in höchster Stufe, Zunahme der Streuung der Kompetenzniveaus
- Starke Kopplung zwischen sozioökonomischen Status von Familien und Bildungserfolg der Kinder
- Erhebung noch vor Corona-Krise

Bsp. Hamburg 18.7.2010

Volksentscheid: 58% lehnen neue Primarschule (bis zur 6. Klasse) ab (Projekt der damaligen schwarz-grünen Regierung)

Gründe pro:

- Spätere Entscheidung
- Längeres gemeinsames Lernen führt zu gegenseitiger Motivation
- Führt zu besserer Integration

Gründe für Ablehnung:

- Statusängste der Privilegierten (Konkurrenzkampf)

- Geringe Wahlbeteiligung in den Arbeiter- und Problemvierteln (generell nur 39% Wahlbeteiligung)
- ➔ Frage: Hat Bildungsgerechtigkeit eine Lobby? (hier: eher Interessen von Lehrern und besser gestellten Eltern vertreten)

Bildungsbericht Bundesregierung (BBB) 2018:

- Vgl. 2005 zu 2016, Alter von 0 - 40 Jahre
- Beteiligung an Bildung untersucht (z.B. Kita, Uni, Schule etc.)
- Heute deutlich höhere Beteiligung in der Kita (auch schon 0-3)
- Betreuungswünsche: nicht genug Kitas da, aber im Vergleich zu vorher kleinere Lücke
- Verteilung nach Abschluss der Eltern: Eltern mit Hochschulabschluss 58% der Kinder am Gymnasium, nur 17% bei Kindern mit Eltern ohne Bildungsabschluss am Gymnasium

Soziale Ungleichheiten nach BBB 2018: (Folie – viele bunte Punkte)

- ➔ Etwas besser als vorher, aber weiter deutlich höherer Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund und aus sozial schwachen Schichten an der Hauptschule
- ➔ 2000 kaum Migrantenkinder am Gymnasium, hier ist jetzt eine Verbesserung zu sehen

Gerechtigkeit

Gerechtigkeit: schwer zu definieren, meist eher ein Gefühl dafür was ungerecht ist

Fragen: Was ist jeweils das einschlägige Gerechtigkeitsprinzip einer Familie:

- **Leistungsgerechtigkeit:** Belohnung für Noten in Schulzeugnissen (Note belohnen [objektiv] oder Verbesserung belohnen [subjektiv]?)
- **Verteilungsgerechtigkeit:** Beim Aufteilen des Sonntagskuchens unter den Kindern (sinnvoll, wenn ein Kind sowieso viel weniger essen kann?)
- **Personenabhängige Gerechtigkeit:** Festlegen, wann Kinder abends zu Hause sein müssen (Altersabhängig, Reife, Umfeld, Veranstaltung,...)
- **Bedarfsgerechtigkeit:** Finanzierung für Nachhilfestunden (z.B. mehr für ein Kind ausgeben, weil es den Bedarf mehr hat)
- ➔ **Gerechtigkeit bedeutet nicht in jedem Zusammenhang das Gleiche**
- ➔ Prinzip Gleichheit (Hartz 4) vs. Ungleichheit durch Leistung (Steuern, Noten, Stipendien) – Bedarf (Barfög)

Traditionelle Gerechtigkeitsbegriffe (Aristoteles, Thomas von Aquin)

1. **Allgemeine Gerechtigkeit (Gesetzesgerechtigkeit – iustitia legalis)**
 - ➔ Gerechtigkeit = Gerechtigkeit des Einzelnen im Verhältnis zur Gemeinschaft = gesetzesgemäßes Handeln (setzt Gerechtigkeit der Gesetze voraus -> heute: Demokratie als gerechtes Verfahren um gerechte Gesetze zu erhalten)
2. **Spezielle Gerechtigkeit (Tauschgerechtigkeit – iustitia commutativa und Verteilungsgerechtigkeit – iustitia distributiva)**
 - ➔ **Tauschgerechtigkeit** = Gerechtigkeit im Verhältnis Einzelner zueinander (Ökonomie)
 - ➔ **Verteilungsgerechtigkeit** = Verhältnis der Gemeinschaft zum Einzelnen (Chancen der Beteiligung -> Bildung)

Zusammenhang siehe Dreieck:



- **Verteilungsgerechtigkeit** (Gleichheit – Bedarf – Leistung = Kriterien, was angewandt wird ist nicht immer direkt zuzuordnen)
 - o Einkommen und Vermögen: z.B. Erbschaft
 - o Negative Rechte: z.B. niemand darf religiöses Bekenntnis vorschreiben
 - o Positive Rechte: Einkommen für Existenzminimum
 - o Beteiligungsrechte: Wahlrecht, Bildung
 - o Chancen
- **Tauschgerechtigkeit**
 - o Was darf getauscht werden?
 - o Kriterium für das was getauscht wird: Wertgleichheit (Was ist das Kriterium für den Wert? – z.B. Ökonomie: man investiert viel Arbeit, aber das Produkt verkauft sich nicht -> wertlos)
 - o Freiheit der Tauschpartner*innen (Marktfreiheit) -> Freiwilligkeit (Monopolsituationen schränken Freiheit und Freiwilligkeit ein)
- **Gesetzesgerechtigkeit** (worauf sind Gesetze überhaupt anwendbar? Was dürfen sie vorschreiben?)
 - o Kriterien: früher/Recht Gottes, heute: faire Verfahren im Zustandekommen der Gesetze
 - o Fragen der Gerechtigkeit (z.B. Sicherung des Existenzminimums)
 - o Fragen des guten Lebens (großer Freiraum, weil verschiedene Vorstellungen)

Zusammenhang:

- Tauschgerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit setzen Chancengerechtigkeit voraus (wenn man die belohnt, die bessere Leistung erbringen, müssen auch alle gleichen Zugang zu diesem System haben -> z.B. Schule unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, ABER ist es nicht schon ungerecht, dass man zu Hause keine gleichen Voraussetzungen und Unterstützung hat)
 - o Problem: DE selten offensichtliche Ungerechtigkeit, aber hintergründig z.B. Benachteiligung von Migranten(kindern)
- Chancengerechtigkeit ohne Bedarfsgerechtigkeit nicht denkbar (grundlegender Bedarf von Menschen muss gedeckt sein, um Chancen wahrzunehmen -> man muss sein Überleben gesichert haben, um wählen gehen zu können)
- Chancengerechtigkeit erfordert ein gewisses Maß an Gleichverteilung für zumindest nachwachsende Generationen (Leistung führt für die schon bewerteten zu Ungleichheit, aber das muss ein Stück weit zurückgenommen werden, so dass die Kinder nicht direkt die Ungleichheit der Eltern übernehmen ohne selbst die gleiche Chance zu haben eigene Leistung zu erbringen)
 - o Bsp.: Monopoly – einer kommt eine halbe Stunde später: neu anfangen geht in der Gesellschaft nicht, der Neue muss Geld bekommen und die Möglichkeit noch Straßen

zu kaufen -> Problem: wie viel Geld soll er bekommen? Wer soll welche Straße abgeben? Werden einige Straßen direkt ihm gegeben oder alle abgegebenen wieder zum Verkauf für alle angeboten?

- Chancengerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit und gewisse Gleichverteilung politisch nur möglich, wenn alle gleiche politische Mitwirkungsrechte haben und umgekehrt (ungerechte Beteiligung führt zu ungerechten Verhältnissen und ungerechte Verhältnisse machen gerechte Beteiligung unmöglich)

Verhältnis von Gerechtigkeit und Freiheit

- Die Freiheit des einen hört dort auf, wo die Freiheit des anderen beginnt
- System nötig, das die Freiheit möglichst weit ausgestaltet, aber so, dass es für alles gleichmäßig so ist und passt

Daraus folgt:

- Gerechtigkeit in der Verteilung der Freiheit
- Reale Freiheit setzt Gerechtigkeit voraus
- Gerechtigkeit darf Freiheit nicht in ungerechter Weise einschränken (nur Reduzierung auf Gleichheitsprinzip, minimale Freiheitsrechte)

➔ **Freiheit und Gerechtigkeit hängen eng zusammen**

Gerechtigkeitsbegriff	Probleme
Gesetzesgerechtigkeit	Soziale, materielle und kognitive Ressourcen zur Beteiligung an Gesetzgebungsverfahren
Tauschgerechtigkeit	Freiheit der Teilnehmer am Markt, Informationsasymmetrien
Bedarfsgerechtigkeit	Höhe des soziokulturellen Existenzminimums und Anrechnung von Einkommen/Vermögen
Leistungsgerechtigkeit	Feststellung des Beitrags Einzelner zum kooperativen Gesamtergebnis? Und wer nicht arbeiten kann?
Chancengerechtigkeit	Von welchem Anfang an? Wie oft wiederholbar?
Gleichverteilung	Fehlen von Anreizen, Freiheit

Teilweise LÖSUNG der Probleme durch BETEILIGUNGSGERECHTIGKEIT (iustitia contributiva)

Beteiligungsgerechtigkeit:

- 1990er Jahre Hintergrund: steigende Arbeitslosigkeit in DE (bis 2005, als die Hartzreformen griffen)
- Amartya Sen (indischer Ökonom), Martha Nussbaum (Philosophin) -> wenn wir von Freiheiten und Chancen sprechen, muss es um reale Freiheiten gehen, also um die realen Fähigkeiten zur Teilhabe/Teilnahme
- Bischof Josef Homeyer 1998 Forderung nach mehr Beteiligungsgerechtigkeit -> Thesenblatt in durch ihm eingesetztes Gremium zum Thema Beteiligungsgerechtigkeit
- Kritik damals: auf Kosten der Verteilungsgerechtigkeit
- Grundidee: Rechte werden erst dann real, wenn es Verwirklichungsmöglichkeiten gibt, dazu sind bestimmte Bedingungen, Kompetenzen etc. nötig; deshalb Beteiligungsgerechtigkeit eine Voraussetzung der anderen Gerechtigkeiten.

Memorandum Bischof Hormeyer 1998:

- Fehlende Teilnahmechancen stellen Symptom für viele ungenügende Anpassungen der Gesellschaft und ihrer Institutionen dar. Es kommt darauf an, allen – nach ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten – Chance auf Teilhabe und Lebensperspektive zu geben, statt sich damit zu begnügen sie ohne Perspektive nur finanziell abzusichern. Deshalb muss die Beteiligungsgerechtigkeit oberste Priorität haben. → wichtigster Faktor Teilnahmechancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern
- Das Anliegen der Unterzeichnenden ist es den Begriff der sozialen Gerechtigkeit auf den speziellen Aspekt der Beteiligungsgerechtigkeit zuzuspitzen. Bringt Wechselbeziehung zw. Verantwortung der Einzelnen und des Gemeinwesens zur Geltung
- Rückbezug: „Gemeinsames Wort“ 1997 von beiden großen Konfessionen
- Gesellschaft hat auch die Verpflichtung die Bedingungen zu schaffen, damit sich überhaupt möglichst viele beteiligen können und das zu fördern
- Lebenspraktische Realität wird z.B. von Caritas aufgegriffen und in Kursen die Organisation des alltäglichen Lebens gefördert (Angebot, weil oft in ärmeren Familien z.B. Güter gekauft werden, die günstiger sind, aber nie lange halten, kein Wissen über Organisation, Ernährung... besteht, etc.)

Bedeutung der Bildung	Probleme
Staatsbürgerliche Bildung	Soziale, materielle und kognitive Ressourcen zur Einforderung der Rechte
Wirtschaftliche Bildung (als Konsument, als Unternehmer)	Äquivalenz der getauschten Güter, Rolle des freien Marktes, Freiheit der Teilnehmer am Markt
Lebenspraktische Rationalität für den Alltag, politische Beteiligung	Höhe des soziokulturellen Existenzminimums
Berufliche Bildung	Feststellung des Beitrags Einzelner zum kooperativen Gesamtergebnis? Und wer nicht arbeiten kann?
Gleicher Zugang zu Bildung von Geburt an	Von welchem Anfang an? Welche Bedingungen?
Bildung zur Bereitschaft zur Verantwortung	Fehlen von Anreizen, verantwortete Freiheit

- Homeyer: „lebenslanges Lernen und fortdauernde Qualifizierung sind unabdingbare Voraussetzung für Beteiligung“
- **Bildungsgerechtigkeit wird damit quasi zu fundamentaler Voraussetzung zur Realisierung der anderen Gerechtigkeiten**
- Beschleunigter technisch-wirtschaftlicher Wandel verlangt hohe Selbstverantwortung und Flexibilität, dafür muss Schule die Grundlagen schaffen durch Konzentration auf unverzichtbare Kulturtechniken, dauerhaftes Basiswissen, Ordnungswissen und sozialen Schlüsselqualifikationen

Schlussfolgerungen

- Traditionelle Dimensionen von Gerechtigkeit müssen um Beteiligungsgerechtigkeit ergänzt werden (nicht ersetzt)
- Für Beteiligung insbesondere individuelle Fähigkeiten von Bedeutung, deshalb muss allen Menschen die Möglichkeit zum Erwerb von Fähigkeiten eingeräumt werden
- Zugang zu Bildung wird damit zur Gerechtigkeitsfrage

Das Menschenrecht auf Bildung

Erst 1963 in der Kirche anerkannt (lange Menschenrechte als andersartige Norm abgelehnt, obwohl eigentlich christliche Wurzel erkennbar – besonders in den USA war christliche Tradition an der Festlegung beteiligt, besondere Rolle der Nazizeit für Entwicklung und Festschreibung der Menschenrechte + gesellschaftliche Entwicklung – heute andere Dinge relevant, wie z.B. Datenschutz – Genese und Geltung: Menschenrechte gelten auch dort, wo sie in der Tradition nicht entstanden/verankert sind – Universalität der Menschenrechte)

- Einsicht in Menschenrechte von historischen Erfahrungen abhängig
- Weiterentwicklung des Menschenrechtskataloge
- In Franz Rev. Und Bill of Rights noch kein Menschenrecht auf Bildung
- Heute Ausbildung von Schulsystemen und Notwendigkeit von Bildung und Recht darauf

Volle Verwirklichung des Menschseins in Würde setzt voraus:

- Teilhabe am sozialen, kulturellen, ökonomischen, politischen Leben
- Bildung als Schlüssel der TEILHABE
- Grundbildung diskriminierungsfrei für alle als positives Menschenrecht (muss gewährleistet sein)

Menschenrecht auf Bildung: Allgemeine Erklärung der UN 1948:

(1) Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, zum mindesten der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch. Fach- und Berufsschulunterricht müssen allgemein verfügbar gemacht werden und der Hochschulunterricht muss allen gleichermaßen entsprechend ihren Fähigkeiten offen stehen.

- ➔ Obligatorisch = Verpflichtung zur Wahrnehmung dieses Rechts (Schutz des Rechts der Kinder vor z.B. wirtschaftlichen Interessen der Eltern)
- ➔ Grundbildung muss kostenfrei sein
- ➔ Grundbildung nicht näher definiert (was/wie viel ist grundlegende Bildung – in Bildungsgesellschaft = bis zum Hauptschulabschluss, weil man sonst keinen Beruf erlernen kann? Wie viele Jahre soll Grundbildung dauern? -> von Land zu Land verschiedene Ansichten)
- ➔ Höhere Bildung abhängig von Fähigkeiten (setzt faire Selektionskriterien voraus) und nicht obligatorisch und zwingend kostenfrei, aber soll allgemein verfügbar gemacht sein

(2) Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheit gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und rassistischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der UN für die Wahrung des Friedens förderlich sein.

- ➔ Nicht nur ökonomisch sinnvolle Bildung, sondern auch persönliche Entwicklung und Achtung vor Menschenrechten, damit diese weiter bestehen können + Toleranz

(3) Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteilwerden soll.

- ➔ Antitotalitäres Recht der Eltern (Rückbezug auf z.B. Nazizeit in DE)
- ➔ Recht nicht absolut, wenn Eltern in der Erziehung und Wahl der Bildung versagen, Kinder vernachlässigen, dann kann der Staat einschreiten

Grundgesetz: (kein explizites Menschenrecht auf Bildung)

- Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit (Art 2)
- Pflege und Erziehung als natürliches Recht und Pflicht der Eltern. Über die Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft (Art 6)
- Aufsicht des Staates über das gesamte Schulwesen (Art 7)
- Keine Sonderung nach Besitzverhältnissen der Eltern bei Privatschulen (Art 7)

Beschluss Bundesverfassungsgericht 19.11.2021

Aus Art 2 und Art 7 folgt ein Recht auf schulische Bildung, dieses enthält Mindeststandards für Bildungsangebote (ohne Anspruch auf bestimmte Gestaltung von Schulen), Recht auf gleichen Zugang und Abwehrrecht gegen Maßnahmen die das aktuelle Bildungsangebot einschränken (bspw. Schulschließung während Corona).

Länderverfassungen:

Hessen:

- Erziehung als Elternrecht
- Allgemeine Schulpflicht, Grundsätze der Erziehung
- Keine Schulgebühren
- Keine Sonderung in Privatschulen nach Einkommen

RLP:

- Staat und Gemeinde haben Recht und Pflicht unter Berücksichtigung des Elternwillens die öffentlichen Voraussetzungen und Einrichtungen zu schaffen, die geordnete Erziehung und Bildung fördern.

GG und meiste Landesverfassungen kein explizites Menschenrecht auf Bildung, nur in Niedersachsen und Berlin genau so formuliert

Menschenrecht auf Bildung nach Allgemeiner Erklärung der UN 1948:

- Strukturell:
 - o Forderung nach Universalität und Inklusivität (für jeden Mensch gültig)
 - o Entgeltfreiheit der Grundbildung – Fähigkeitsabhängigkeit der weiterführenden Bildung
 - o Absicherung durch Schulpflicht
- Inhaltlich
 - o Persönlichkeitsbildung
 - o Berufsorientierte Bildung (Beteiligung am Arbeitsmarkt ermöglichen)
 - o Menschenrechtsbildung/politische Bildung

Merksätze:

1. Menschenrecht auf Bildung (Recht auf Zugang zum Bildungssystem)
2. Menschenrecht durch Bildung (Kennen der eigenen Rechte und Einforderungswege -> Bildung als Voraussetzung, das Recht wirklich nutzen und einfordern zu können)
3. Menschenrecht in Bildung (im Bildungsprozess selbst muss Recht der Personen geachtet werden, vs. autoritäre Pädagogik, für Achtung der Würde, Meinungsfreiheit etc.)

Trias der Pflichten (anwendbar auf alle positiven – staatlich zu gewährleistende – Menschenrechte):
„to respect, protect and fulfil“

- ➔ Keine Hinderung an Rechtswahrnehmung durch Staat (respect) – Schutz gegen Staatliche Willkür
- ➔ Schutz davor, dass Andere einen Mensch an der Wahrnehmung seines Rechts hindern (protect) – Schutz der Individuen gegenüber Dritten
- ➔ Erfüllung der Rechte verpflichtet Staaten zur Umsetzung durch z.B. staatliche Institutionen, Gelder etc. (fulfil) – Menschenrechte als positive Rechte

4-A-Schema: Messung der Realisierung der Menschenrechte durch

- Availability: Verfügbarkeit von Bildung (z.B. genug Schulplätze für alle Kinder)
- Accessibility: Zugang zu Bildung (z.B. auch auf dem Land)
- Acceptability: Annehmbarkeit von Bildung (Angebot muss zumutbar sein, bspw. Verbot von Kopftuch schwierig)
- Adaptability: Adaptierbarkeit von Bildung (Anpassung an die Zielgruppe, bspw. DaZ)

Beispiel für (Un-)Wirksamkeit des Menschenrechts auf Bildung: Sonderberichterstatte der UN Vernor Munoz forderte 2006 Reformen für DE:

- Wandel von selektivem zu einem unterstützenden Bildungssystem (Selektion nur fair, wenn mit Chancengerechtigkeit verbunden, dafür braucht es mehr unterstützende Elemente)
- Größere Unabhängigkeit und Flexibilität der einzelnen Schulen (Vergleichbarkeit der Prüfungen muss gegeben sein)
- Verbesserung der Inhalte und Methoden des Lernens und Lehrens (didaktische Fortentwicklung, mehr Differenzierung)
- Verstärkung einer demokratischen Schulkultur (Mitgestaltung durch SuS)
- Mehr Kitas, Ganztagsangebote, Abschied vom 3gliedrigen Schulsystem
- Stärkere pädagogisch Ausbildung der Lehrer
- Stärkere Investition in frühkindliche Bildung

(Weitere Empfehlungen: Aufnahme des Menschenrechts in GG und Länderverfassungen, kostenfreie Vorschulerziehung, spätere Einstufung der SuS, Verbesserung der Situation von Flüchtlingen und Illegalen, Ermöglichung von Homeschooling, Verbesserte Menschenrechtsbildung, Abbau Unterschiede zwischen den Ländern, behindertengerechter Umbau von Schulen)

Ursachen der Ungerechtigkeit im Bildungszugang und Reformvorschläge

- ➔ Probleme bei der Erforschung von gesellschaftlichen Ursache-Wirkungszusammenhängen: große Zahl von Faktoren und Schwierigkeit diese zu isolieren (keine „Studien“ möglich wie in der Medizin)

Mögliche „Orte“ solcher Ursachen

- Bildungsvariable (Menschen erreichen einen bestimmten Bildungsstand)
 - o Soziale Voraussetzungen (Einkommen der Familie – auch in Zusammenhang mit öffentlichen Mitteln wie Kindergeld, Geschwister, Häusliches Investment finanziell für die Kinder, Zeitliche Ressourcen, Fähigkeiten der Eltern)
 - o Vererbung
 - o Peers
 - o Öffentlicher Impuls (Anzahl und Ausbildung sowie Erfahrung der Lehrkräfte, Schulressourcen, Charakteristika des Bildungssystems wie Selektion durch Dreigliedrigkeit o.ä.)

Ursachen im Einzelnen (2006) – Ursächlicher Zusammenhang angenommen, wenn besonders hoher Unterschied zwischen bildungsarmen Sus/Kinder aus bildungsfernen Schichten und bildungsnahen

- **Familiär:**
Hohe Relevanz der Bildung der Mutter (je höher der Abschluss der Mutter, desto mehr Engagement für Bildung der Kinder), Bildungsstand der Eltern auch wichtiger als die Frage, ob sie aus dem Ausland kommen, Keine klassische Literatur daheim (auch Indikator für Bildungsstand der Eltern)
- **Häuslicher Input:**
weniger großer Einfluss als familiärer Hintergrund insgesamt; Vorhandensein von PC, Wörterbuch, eigener Schreibtisch, Kindergartenbesuch
- **Öffentlicher Input:**
weniger großer Einfluss als familiärer Hintergrund insgesamt; zu wenig Lehrer in bestimmten Fächern, zu wenig Erfahrung der Lehrer -> Frage nach den Lehrern besonders relevant
- **Schul-/Klassenklima:**
Stolz auf die eigene Schule, Fehlzeiten der SuS, Arbeiten ohne Eigenleistung, schlechtes Auskommen mit Lehrern, Klassenklima (Problem: große Auswirkung, aber schwer zu erfassen, z.B. zum Stolz auf die Schule wurden Schulleiter befragt)
- **Bedeutung des Kindergartens:**
Lesekompetenz nach Dauer des Besuchs von Vorschule oder Kindergarten -> unter ein Jahr

Besuch/mehr als ein Jahr Besuch -> deutlich höhere Kompetenz beim Lesen in GS
(frühkindliche Bildung sehr wichtig)

Wichtig: Der internationale Vergleich macht deutlich, dass viele Faktoren, die in Deutschland Ursachen von Bildungsarmut sind, sich in anderen Ländern weit weniger stark auswirken. Dort werden durch das Bildungssystem diese Faktoren ausgeglichen.

Probleme des 3-4gliedrigen Schulsystems:

- Tendenz zur Selektion statt Förderung (obwohl Idee eigentlich war alle SuS da abzuholen, wo sie sind)
- Rückwirkung auf Konkurrenzverhalten unter SuS, Lernklima (Konkurrenz)
- Schullaufbahnpfehlungen nicht nach Leistung/Begabung (Streit ob Verpflichtung oder nur Empfehlung -> oft beeinflusst auch familiärer Hintergrund die Entscheidung der Lehrer)
- Zu früher Zeitpunkt der Schullaufbahnentscheidung (zeigt sich im internationalen Vergleich, baut Druck auf)
- Stigmatisierung und Demotivation in der HS (HS als „Auffangbecken“)

Bildungsbarrieren: 5 Schwellen der Bildungsbeteiligung

Grundschule (100%, jeder)

1. Schwelle (nur 76% besuchen RS oder Gym, also bleiben 25% in HS hängen)
 2. Schwelle (51% schaffen es in die Sek II)
 3. Schwelle (45% Abi)
 4. Schwelle (34% Studienaufnahme)
 5. Schwelle (24% Hochschulabschluss)
- ➔ Es kommen nur 50% überhaupt in die Sek II -> wahrscheinlich fallen da schon einige raus, die evtl. Begabung und Lust auf eine Hochschulausbildung hätten, aber aus anderen Gründen nur bis zum HS/RS Abschluss kommen
- ➔ Frage ist: Wo liegen die Ungerechtigkeitsfaktoren? Es ist nicht das Ziel, dass jeder Abi/Studium macht, aber dass jeder der es will und fähig wäre das auch erreichen kann!

Übergang zur Berufsausbildung:

Zusammengefasst laut zentralen Einflussfaktoren auf den Zugang zur dualen Berufsausbildung (Aktionsrat Bildung 2007 -> heute durch geringe Arbeitslosigkeit und Fachkräftemängel Situation verbessert):

- Region: Lehrstellensuchende in Ostdeutschland schlechtere Chancen als in West-D
- Geschlecht: weibliche Schulabgänger haben schlechter Chancen auf einen Ausbildungsplatz im dualen System als männliche.
- Alter: mit zunehmendem Alter verschlechtern sich die Chancen auf einen Ausbildungsplatz -> „Warteschleifen“ bergen Risiko
- Qualifizierungsmaßnahmen: Berufliche Qualifizierungsmaßnahmen, die aber keinen Abschluss bedeuten (bspw. BVJ; Stigmatisierung, Zeitverlust)
- Schultyp: Jugendliche mit Realschulabschluss und Abi haben signifikant höhere Chancen als die mit Hauptschulabschluss (HS mittlerweile sehr eingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt)
- Schulnoten: Fokus hierauf, Indikator für Leistungsfähigkeit, Betriebe orientieren sich daran, aber Sozial- und Schlüsselkompetenzen werden nicht wahrgenommen, obwohl sie evtl. wichtig sein können (Praktika haben hier teilweise eine positive Wirkung)
- Migrationshintergrund/ausländische Staatsbürgerschaft: deutlich geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz (teils wachsende Diskrepanz zw. Angebot und Nachfrage), Zusammenhang mit niedrigen Bildungsabschlüssen und Sprachproblemen

Reformvorschläge zur Bekämpfung von Ursachen der Bildungsgerechtigkeit

1. Familie

- Vorsorgliche Qualifizierung für Aufgabe der Kindererziehung (Unterrichtsfach in Schule, Praktika...)
- Intensive Begleitung und Beratung von Eltern mit Kindern
 - o Z.B. Verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen?
 - o Hausbesuche und gezielte Hilfsangebot von Sozialarbeiter*innen?
 - o Anreize und Sanktionen (Erhöhung/Kürzung Kindergeld?)
- Familienleistungsausgleich, Grundsicherung für Kinder?
- Ausbau von Betreuungsangeboten für Kleinkinder (Sinn des Betreuungsgeldes?)
- Gezielte Förderung zur Anschaffung von Büchern, Computern etc. (Bildungspaket)
- Kampagne für mehr Kinderfreundlichkeit?

2. Kindergarten und Vorschule

- Flächendeckende kostenlose Angebote
- Mind. Letztes Kindergartenjahr verpflichtend
- Ganztagsangebote
- Von Betreuung zu Erziehung und Bildung
- Bessere Qualifikation und Bezahlung von Personal
- Mehrsprachigkeit fördern

3. Primarstufe und Sek I und II

- Regelmäßige Selbst- und Fremdevaluation
- Teamteaching, ergänzt durch Schulsozialarbeit
- Differenzierung im Unterricht
- Anreize für SuS (Freistunden, Gutscheine...)
- Einbeziehung von Mentoren (ältere SuS)
- Wichtig: Selbstkompetenzen, methodische Kompetenzen
- Elternarbeit
- Gemeinwesenarbeit

4. Institutionelle Veränderungen

- Ganztagschule
- Reduzierung der Schwellen und Selektionswirkung
- Mehr Gesamtschulen mit individueller Förderung und Leistungsgruppen (bessere Diagnostik)
- Kleinere Klassen/Lerngruppen
- Weniger Klassenwiederholungen
- Autonomie der Schulen über Curricula, Lernformen und Schulkultur (bei standardisierten zentralen Tests)

5. Merkmale guter Schule:

- Einladende Atmosphäre
- GTS, sozialer Lehrplan
- Selbst gestaltetes Lernen, Differenzierung im Unterricht
- Anregende Lernumgebung
- Kollegiale Schulleitung
- Mitbestimmung von Eltern und SuS
- Wechselseitige Hospitation im Unterricht durch Lehrkräfte
- Regelmäßige Evaluation durch Schüler-Feedback
- Ausführliche Methodentrainings

6. Universität und Fachhochschule:

- Studienfachwahl auf Basis von Testverfahren und Beratung (statt nur NC)
- Coaching während des Studiums

- Verbesserung Hochschuldidaktik, Evaluation, Personalentwicklung Dozierende, Feedback-Kultur
- Besseres Zahlenverhältnis von Dozierenden und Studierenden
- Stärker leistungsabhängige Bezahlung, Berücksichtigung der Lehre bei dieser Leistung?
- Verkürzung der Studienzeiten, breitere Anerkennung niedrighschwelligerer Abschlüsse (BA) -> oder eher Betrachtung der einzelnen Fächer, wo macht ein Bachelor überhaupt Sinn? (siehe Lehramt)
- Angebot von Teilzeit-Studiengänge
- Größere Autonomie der Hochschulen
- Stärkerer Praxisbezug
- Mehr selbstorganisiertes Lernen (autonome Seminare)
- Höhere internationale Mobilität (bringt das Bologna-system überhaupt etwas?)
- Anreize durch Stipendien
- Intensivierung der Weiterbildungsmöglichkeiten, Kontaktstudien etc. (Kontakte im Beruf ausbauen – z.B. Leute aus der Praxis ins Seminar holen etc.)

7. Duale Berufsausbildung

- Steuerfinanzierte Anreize für Schaffung von Lehrstellen
- Privatwirtschaftliche Ausfälle durch staatliche Ausbildungsplätze ausfüllen (fulfil-Aspekt des Staates)
- Intensivere Beratung der Ausbildungsplatzsuchenden
- Ausbildungsbegleitende Sozialarbeit (Coaching der Auszubildenden und Ausbilder)
- Keine Maßnahmen ohne berufsqualifizierende Abschlüsse
- Mehr Möglichkeiten für Spätberufene und Quereinsteiger

Bildungsfinanzierung

Input: gerechte Verteilung der Finanzierungslasten -> Bildungssystem -> Output: Gerechte Verteilung der Zugangschancen

Input als Thema:

Finanzierung von Bildung im Ländervergleich (Ausgaben je Einwohner pro Bundesland allgemein und Ausgaben je Einwohner unter 30):

- ➔ Nicht zwingend Korrelation zwischen guten PISA Ergebnissen und Ausgaben
- ➔ RLP geringste Ausgaben! (Mittlere Ergebnisse bei PISA)
- ➔ Sachsen z.B. hohe Ausgaben und gut in Ergebnissen
- ➔ Berlin, Bremen und Hamburg sehr hohe Ausgaben, aber keine guten Ergebnisse

Bildungsfinanzierung ist gerecht, wenn man einen hohen privaten Nutzen hat vs. hoher öffentlicher Nutzen (dann eher Finanzierung durch Staat).

- ➔ Dort wo man für sich selbst etwas tut, entsprechend eigener Interessen, ist (Mit)Finanzierung sinnvoll

Gütertheorie	Rivalität ja	Rivalität nein
Exklusivität ja (nur Eigennutzung)	privates Gut	Clubgut (Mitgliedschaft als Voraussetzung z.B. Onlineplattform für Unterrichtsmaterial)
Exklusivität nein	Allmendegut, Gemeingut (Bsp. gemeinsame Nutzung durch Dorf -> Weidefläche von Gemeinde,	öffentliches Gut (z.B. Straßen – nur Rivalität in der Rushhour)

	aber Rivalität wenn zu viele Nutzer)	
--	--------------------------------------	--

Gütertheorie – Meritorische Güter

- Private Güter: mit hohem positivem externen Effekt, privat nicht ausreichend bereitgestellt werden (z.B. wegen zu hoher Investition, zu hoher Risiken etc.) -> daher z.B. Altersvorsorge nicht als privates Gut
- Notwendigkeit öffentlichen Zwangs zur privaten Finanzierung oder öffentlicher Finanzierung (damit die, die nicht vorsorgen, den anderen zur Last fallen, zwingt der Staat zur Vorsorge)

Anteil der Erwerbstätigen, Erwerbslosen und Nichterwerbspersonen von 25-65 nach Bildungsstand und Geschlecht:

- ➔ Höhere Bildungsabschlüsse seltener nicht berufstätig
- ➔ Je höher der Abschluss, desto mehr kann man damit anfangen, um nicht lange arbeitslos zu sein
- ➔ Frauen unter Sek II Abschluss sind häufig erwerbslos

Politische Teilnahme

- ➔ Höhere Bildung = höher Beteiligung (z.B. Demos, Wahlen etc.)
- ➔ Höhere Bildung nutzt auch der Allgemeinheit

Welches „Gut“ ist Bildung?

- ➔ Recht auf Bildung und hohe positive externe Effekte (für Allgemeinheit und höher, je früher die Bildung einsetzt)
- ➔ Bildungsausgaben hoch und mit Risiko verbunden (reine private Finanzierung wäre oft gar nicht möglich oder würde abschrecken, daher würden positive externe Effekte geschmälert)
- ➔ Bildung in der Regel meritorisches Gut
- ➔ Aber nicht für jede Art von Bildung gleich

Schlussfolgerung

- ➔ Frühe Bildung sollte eher staatlich und kostenfrei sein (Kita)
- ➔ Primarstufe könnte man besser finanzieren (auch sinnvoll, weil z.B. GTS dafür sorgt, dass viele Frauen früher wieder voll arbeiten gehen können und daher Finanzierung der Schulen wegen mehr Steuern auch einfacher)
- ➔ Hochschule: mehr private Mitfinanzierung (Studiengebühre), aber ohne Diskriminierung von Studierenden aus ärmeren Verhältnissen
- ➔ Externe Effekte bei Hochschulbildung zwar oft hoch (v.a. z.B. bei politischer Bildung), aber dafür auch hohe Kosten
- ➔ Bei beruflicher Bildung je spezieller, desto privater (daher meist Finanzierung durch Unternehmen)

Bildungsgutscheine

- Milton Friedmann 1955 Idee (konservativ)
- Gerechtigkeitsgründe: Eltern, die ihre Kinder auf kostenpflichtige Privatschulen schicken, sollten nicht über ihre Steuern auch öffentliche Schulen finanzieren müssen
- Alles Bürger bekommen gleich hohen Bildungsgutscheine und können diesen bei anerkannten Bildungseinrichtungen einlösen -> Bildungsmarkt entsteht, Schulen finanzieren sich über die Gutscheine
- Vorteile:
 - Gleiche Subventionen und daher Auftreten als finanzstarke Nachfrager nach Bildung
 - Autonomie durch eigene Entscheidung wo man Gutscheine einlöst
 - Bildungsanbieter haben starke Anreize zu qualitativ hochwertigem Angebot

- Höher Bildungsbeteiligung (man will den Gutschein nicht verfallen lassen)
- Nachteile:
 - Orientierung der Bürger auf dem Markt (woran erkennt man Qualität? Weiterhin Selektion, da nicht alle Eltern viel Mühe in die Entscheidung investieren, sondern z.B. nur auf die nächste Schule achten)
 - Kontrolle der Einhaltung von Standards
 - Unerwünschte Ökonomisierung
 - Segregationseffekte (v.a. bei notwendigen Zuzahlungen am bestimmten Schulen)
 - Drohendes Marktversagen (z.B. ländliche Gebiete wo es sowieso nur ein Gymnasium gibt oder keins)
- Ausgestaltung:
 - Was deckt ein Bildungsgutschein ab? (Fahrtkosten und Lebenshaltungskosten)
 - Teilweise zurückzahlender zinsgünstiger Kredit? (z.B. für lange Bildungswege)
 - Gutscheine anderen Geldwert je nach Bildungsgang? (z.B. Medizinstudium kostet mehr als Philosophie)
 - Bekommen alle Gutscheine für höhere Bildungsgrade oder nur die, die sich durch Noten qualifizieren?
 - Nicht-marktgängige Bildung wird besonders gefördert, um nicht nur Ökonomisierung zu erhalten?
 - Haben Bildungsgutscheine für alle Nachfrager den gleichen Wert? (z.B. höheren Wert für die mit Behinderungen, deren Ausbildung notwendigerweise teurer ist?)
 - Welche Bereiche der Bildung finanzieren? (nur bis Sek II oder weiter?)
 - Finanzieren sich die Anbieter nur aus Bildungsgutscheinen? (wenn mal nicht genug SUS da sind, müsste Schule schließen, also bräuchte es eine Basisförderung)
 - Was wird als Bildung anerkannt und wie?
 - Wie lange bleibt ein Gutschein gültig? (muss er bis 30 eingelöst sein oder kann man auch nach der Pensionierung nochmal Bildung damit in Anspruch nehmen?)

Bildung in Zeiten von Corona

Ideal: Möglichst weitgehende Bildungsgerechtigkeit bei einem ausgleichenden Bildungssystem

Unterschiede der Herkunftsfamilien → Lockdown → Bildungsungerechtigkeit verstärkt sich

Unterschiede der Herkunftsfamilien → Unterschiedliche Schulressourcen im Lockdown → Bildungsungerechtigkeit verstärkt sich

Studien:

Folie 7: TV Internet Radio auf der Welt

Folie 8: Wie sind Familien für das Lernen zu Hause ausgestattet? Größtes Problem eigener Raum zum lernen

Folie 9: Wie unterscheidet sich die Effektivität des Lernens zu Hause nach schulischen Leistungen und Familienhintergrund?

Folie 10: Wie wirkten sich die Schulschließungen auf Schüler*innen mit unterschiedlichen Leistungen aus?

Folie 11: Unterschieden sich die Aktivitäten der Schulen für verschiedene Gruppen von Schüler*innen?

- Umfrage ifo Schnelldienst: nur ca. 40% lernen zuhause ähnlich viel wie in der Schule, signifikanter Unterschied von leistungsstärkeren zu leistungsschwächeren SuS
- In Oberstufe/Hochschule leichter verkraftbar, in Kitas und GS größere Auswirkungen
- Deutlicher Rückgang der Kompetenzen, Zunahme psychischer Auffälligkeiten
- Sehr unterschiedliche Ausstattungen/digitale Kompetenzen bei SuS und Lehrkräften

- Deutlich mehr als 50% der SuS und Eltern sehen Rückstände durch Corona
- Besonders gute SuS auf Gymnasium unternehmen etwas um Rückstände aufzuholen. Hauptschüler und schlechtere unternehmen weniger

Effekte der Lockdowns

- Besonders bei jüngeren in Kitas und Grundschulen
- Leichter verkraftbar in Oberstufen und Hochschulen
- Sehr unterschiedliche Ausstattung der Familien mit Geräten, Internetzugängen und digitalen Kompetenzen
- Unterschiedlich durch Krankheit/ Kurzarbeit belastete Familien
- Auch sehr unterschiedliche Ausstattungen der Schulen und Kompetenzen der Lehrenden, Personalausfälle
- Wegfall einer erheblichen teils psychosozialen Unterstützung bei allen Altersgruppen
- Deutlicher Rückgang der Kompetenzen
- Zunahme psychischer Auffälligkeiten
- Verlängerung der Schulbesuchszeiten und Studiendauer, Unsicherheiten bei Übergängen, geringere internationale Mobilität
- Gerechtigkeitsprobleme
 - Innerhalb der Jahrgänge
 - zwischen den Jahrgängen
- Herausforderungen
 - Mehr Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure im Bildungsbereich
 - Digitalisierung
 - Qualifizierung von Personal
 - Personalgewinnung

Kirchliche Stellungnahmen zu Bildungsgerechtigkeit

- II. Vatikanisches Konzil: Gravissimum educationis, 1965.
 - Grundstein für alles andere
 - Menschen verlangen nach einer aktiveren Teilnahme am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen politischen Leben
 - Bezug auf Menschenrecht auf Bildung
 - Auf Bildungsexpansion wird eingegangen
 - Recht auf Erziehung
 - Christliche Werte, Recht auf moralische Erziehung betont -> christliche Erziehung und religiöses Leben
 - Besondere Rolle der Eltern, obwohl auch die Rolle des Staates anerkannt wird („...Bestimmte Rechte und Pflichten stehen auch dem Staat zu...“) → „Schließlich gehört es zu seinen Aufgaben, eigene Schulen und Institute zu gründen, soweit das Allgemeinwohl es erfordert. Besonderer Erziehungsauftrag ist der **Kirche** zu eigen, weil sie die Aufgabe hat, allen Menschen den Heilsweg zu verkünden.“
 - Dienst am Gemeinwesen - Nicht nur im Bezug auf eigenes Klientel
- Römische Bischofssynode 1971 „De iustitia in mundo“
 - Über die Gerechtigkeit in der Welt: Bischöfe aus dem Globalen Süden großen Einfluss hier
 - Abschlussdokument wurde nicht vom Papst untergraben
 - kritische Einstellung zu bestehenden Gesellschaftlichen Einstellungen
 - erstes Mal in einem Weltkirchlichen Dokument „Soziale Sünde“
 - Kritikfähigkeit als einer der Zentralen Ziele

- Achtung der Menschenwürde
- Globale Gerechtigkeit
- Man kann Dinge nur kritisieren, wenn man die eigene Organisation dafür ausbaut
- DBK, Kommission für Erziehung und Schule: Bildung in Freiheit und Verantwortung, 1993
 - Apologetische Tendenz, Kirchlicher Einfluss wird verteidigt
 - Wertorientierte Bildung und Erziehung
 - starke Angleichungsprozesse in der Bildungsteilnahme von Jungen und Mädchen und gezielte Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlicher
 - Tendenz zur Ökonomisierung von Bildung
 - Konkurrenz durch andere Sozialisationsinstanzen (Medien, „Miterzieher“)
 - Verlust ganzheitlicher Ansätze in der Bildung
 - Zu starke Verwissenschaftlichung und Akademisierung
 - demgegenüber wird betont: Christliches Menschenbild, Ganzheitlichkeit, Wertevermittlung, kirchlicher Beitrag
 - Notwendigkeit, dass es Bildungseinrichtungen in Freier Trägerschaft gibt
- Bischof Homeyer u. a.: Mehr Beteiligungsgerechtigkeit, 1998 (s.o.)
 - Erstes Mal, dass Beteiligungsgerechtigkeit in DE Kath. Kirche Rolle gespielt hat
- ZdK: Benachteiligte Jugendliche gerecht beteiligen, 2006
 - Sozial schwache Personen
- Rat der EKD: Gerechte Teilhabe, 2006
- Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen: Chancengerechte Gesellschaft, 2011
 - Kardinal Marx; Mit Kruij;
 - Zusammenhang mit dem PISA-Schock
 - frühe Förderung der Kinder würde verbessert, wenn die Eltern einen rechtlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz für ihre Kinder hätten, sondern auch für jedes Kind tatsächlich ein konkreter Platz von der Kommune angeboten und benannt werden müsste
 - gerechte Chancen auch beim Zugang zu schulischen Bildungsangeboten
- Kongregation für das Katholische Bildungswesen: Erziehung heute und morgen. Eine immer neue Leidenschaft. Instrumentum laboris, Vatikanstadt 2014.

Studiengebühren

- Aus Sozialethischer Sicht gibt es eindeutig pro Punkte

Vorgeschichte, Ausgangspunkte, Kontexte

- Eigentlich nicht gebühr, sondern Beiträge, denn gebühr wäre etwas, was die kosten in etwa komplett deckt
- Früher studienrundgebühren (niedrig) und kleine Gebühr für Vorlesungen als zusatzeinkommen für Professoren
- 1997-2006 Anzahl der Professor*innen nach Fächern: bei Professorinnen überall Steigerung, bei Männern Rückgang, allgemein wuchs Zahl der Professoren nicht mit den Studierendenzahlen mit (in Theologie momentan andersrum) + Ende 1990er finanzielle Engpässe -> Unterausstattung der Unis (neue Diskussion um Studiengebühren)
- Langzeitstudiengebühren und Zweitstudiumgebühren (bis heute)
- 2002 (rot-grün) Verbot von Studiengebühren Seiten des Bundes, aber teils Klagen der Länder vor dem BVerfG, da Ländersache -> 2005 bekommen Länder Recht und führten ab Winter 2006/2007 unterschiedliche Studiengebühren ein -> kleine Studentenbewegung entsteht, Demos, nach und nach Abschaffung grundsätzlicher Studiengebühren, jetzt meist wieder nur noch für Zweitstudium und Langzeitstudium

- 2017 (Bildungsfinanzbericht 2019): Medizinstudium am teuersten, dann Naturwissenschaften (Mathe eingerechnet, obwohl dort wenig), Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und Geisteswissenschaften am günstigsten (ca. 5700 €) -> Durchschnitt aller Fächergruppen = 8900€ (in Theologie stimmt das auch ca.)
- 2002: Mediziner z.B. Nettovorteil gegenüber denen ohne Abschluss von 100.000 Mark im Durchschnitt (ist das dann nachher durch Steuern nicht auch wieder zurückgezahlt?)
- Alle Studierenden bekommen eine hohe Subvention fürs Studium, alle verdienen mehr als Menschen ohne Hochschulabschluss
- Die, die eine besonders hohe Subvention bekommen (Medizin), verdienen auch am meisten nachher
- Bildungsbeteiligung bei Studenten (Herkunft aus Elternhäusern): Beamte mit (84%) und ohne (43%) Hochschulabschluss -> machen hohen Prozentsatz der Studierenden aus, Selbstständige (nicht definiert, was diese machen) mit Hochschulabschluss (87% der Kinder an Uni), Angestellte -> 27% der Studierenden, Arbeiter (17% der Kinder gehen an die Uni) -> 17% der Studierenden
- Kinder mit Vätern (= Erhebungsmaßstab) mit akademischem Abschluss haben eine höhere Wahrscheinlichkeit zu studieren als Kinder mit Vater ohne Hochschulabschluss
- An Uni finden sich also deutlich mehr Kinder aus besser gestellten Elternhäusern
- Neue Zahlen von Unis (2017): niedriger Bildungsabschluss -> Anteil der Studierenden sinkt bis auf 2016, gehobene und hohe Schicht -> nimmt stetig zu (ist aber nicht gesagt, was genau die Eltern machen, sondern allgemeine Bildungsschicht/Bildungsnähe angegeben)
- Problem: hohe Subventionierung der Unis, hohe persönlicher Nutzen für die Studierenden, weniger Arbeitslosigkeit bei diesen, Umverteilung von unten nach oben -> man muss das irgendwie gerechter machen, z.B. Bildungsgutscheine oder um es für den Staat günstiger zu machen Kostenbeteiligung für diejenigen, die die hohe Subvention erhalten - Studiengebühren

Pro

- Gerechtere Verteilung der Hochschulfinanzierung
- Mehr Geld für Hochschulbildung = Verbesserung der Lehre
- Anreiz für Studierende für überlegtere Studienwahl und effizienteres Studium
- Stärkerer Wettbewerb der Unis um Studierende
- Anreize für Unis zu nachfrageorientierten Angeboten
- Studierende als Kunden = Aufwertung der Lehre

Contra

- Von Ausdifferenzierung des Systems hängt viel ab (Studienkredite, Ausnahmeregelungen für notwendige Qualifikationen wie Sprachen, Fächer mit weniger Studierenden werden abgedrängt, können geringere Angebote machen etc.)
- Selektionseffekt (Eltern mit Kindern, längeres Studium bei Kindern aus ärmeren Elternhäusern)
- Wettbewerb muss fair sein, Qualität muss gleich sein (nicht Wettlauf um geringste Anforderungen der Abschlussprüfungen, um Studium zu verkürzen o.ä.)
- Es geht mehr um Abfertigung der Studierenden, es führt zu Verschulung (damit man schnell fertig wird und in alle Kurse reinkommt)
- Abschreckung von Abiturienten aus bildungsfernen und sozial schwächeren Schichten (selbst wenn gut geregelt, wollen diese vllt aus Angst vor Schulden keinen Studienkredit aufnehmen)
- Inkompatible Regeln zwischen Bundesländern vermindern Mobilität + verminderte Mobilität, da z.B. höhere Mieten in bestimmten Städten und zusätzlich Studiengebühren selektieren noch mehr und schränken die Mobilität für die ärmeren Studenten ein
- Geringere Attraktivität der deutschen Hochschulen für ausländische Studierende

- Problem bei Krediten: unklare Risiken für den Kreditgeber (wie erfolgreich wird der Kreditnehmer nachher?), Kreditnehmer (später evtl. trotzdem geringes Einkommen, Familien haben höhere Belastungen, Frauen die weniger verdienen), höhere Lasten für Eltern (Neigung zu weniger Kindern)
- Versuchung der Länder Hochschulfinanzierung zu kürzen -> dann hätte das gar keinen positiven Effekt
- Langfristig höhere Ökonomisierung und evtl. bald steigende Gebühren oder Verschärfung der Regelungen etc. -> Fortsetzung nicht belegbar, da nur Theorie

Bedingungen Sozialethisch zu Rechtfertigung der Studiengebühren

- Lasten gerecht Verteilen
 - Keine soziale Diskriminierung (Beteiligungsgerechtigkeit)
 - Transparente Übergangsregelung, Vertrauensschutz
 - Insgesamt höhere Bildungsinvestitionen
 - Richtige Anreize (vorher drüber nachdenken, welche Effekte was hat)
- ➔ Modell: z.B. Studiengebühren zur Teilfinanzierung der Kosten (20-30%, also bei 8000 Euro wären es 1600 Euro im Jahr) – zinsgünstige staatliche Darlehen mit Staat als Sicherheitsgarant wenn jemand es nicht aufbringen kann, nur Rückzahlung wenn man später auch wirklich ein hohes Einkommen hat -> proportional ähnlich BAföG, Anreiz für Eltern (pro Kind das man bekommt wird xy viel der Studiengebühren erlassen) – zusätzliche Anreize für Studierenden (Reduktion Studiengebühren bei Einhaltung von Regelstudienzeit oder bei besonders guten Leistungen) – autonome Verfügung der Hochschulen über Studiengebühren im Rahmend er Lehre – Verwaltungsreform der Hochschulen – keine Reduktion der sonstigen Ländermittel für Hochschulen
- ➔ Oder z.B. Akademikersteuer, die dann für Bildungszwecke genutzt wird
- ➔ Bildungssteuer nach Einkommen, die für Bildung genutzt wird (z.B. für jeden der Abi macht und studiert pro Monat ein bestimmter Beitrag nach Vorbild Dänemark) -> DE Problem, dass Steuern nicht Zweckgebunden sein dürfen, warum sollte das ungerecht sein, wenn einzelne Steuern für so etwas verwendet werden, und würde das nicht Vertrauen schaffen, weil man weiß wohin das Geld wandert (oder als Abgabe regeln)

Diskussion:

- Bezahlen Mediziner mehr? (wäre bei gerechter Lastenverteilung gerecht, aber Effekt vllt weniger Studierende dort, obwohl man jetzt schon zu wenig Ärzte hat -> also doch für alle gleiche Gebühren?)
- Studierende die Arbeiten müssen, familiäre Probleme, Krankheiten (psychisch und physisch) haben -> System wird, das nicht alles adaptieren können
- Skandinavische Länder schneiden schon bei PISA viel besser ab und haben ein ganz anderes System -> viel höhere Subventionierung (BAföG, Lehre, Ausstattung), gar keine Studiengebühren und schon in der Schule extreme Subventionierung des Systems und weniger Selektion und Zuschüsse für Eltern durch eine Bildungssteuer für alle Arbeitenden nach Einkommen, die dann in die Finanzierung von Zuschüssen für Eltern fließen, deren Kinder Abi machen oder Studieren, um soziale Unterschiede auszugleichen

Zusammenfassung:

- Bildung wird Gerechtigkeitsfaktor (neue soziale Frage), weil man sonst gar nicht teilhaben kann
- Sehen – urteilen – handeln (PISA sehen, urteilen Menschenrecht auf Bildung, Handeln kirchliche Schulen/Reformvorschläge/Unis)

- PISA: Kompetenzen Mathe, Lesen, Naturwissenschaften, alle 5 Jahre, OECD
 - o DE schlecht in 2000, aber Verbesserung 2018 knapp über Durchschnitt, 2016 nochmal schlechter wegen Flüchtlingen
 - o Sehen: ungleiche Zugänge durch Migration und bildungsferne -> Familie hat extremen Einfluss
- Menschenrecht auf Bildung
- Gesetzesgerechtigkeit, Tauschgerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit = üblich, neu: Beteiligungsgerechtigkeit nach Hohmeyer, Mahatya Sen, Martha Nussbaum -> ergänzend, nicht konkurrierend sondern gegenseitige Bedingungen, Beteiligungsgerechtigkeit führt dazu, dass die Möglichkeit besteht die anderen Gerechtigkeit zu bekommen, weil man nur dann teilnehmen kann
- Menschenrecht auf Bildung: jeder Grundbildung, Toleranz und Achtung vor Menschenrechten lernen, Elternrecht vorrangig
 - o DE nicht im GG, sondern nur in Berlin und Niedersachsen, sonst oft nur „junge“ Menschen oder Pflicht des Staates zur Bildung
 - o Menschen brauchen Schutzschild: fulfill, respect, protect (respektieren, Schützen, erfüllen)
 - o Menschenrecht auf, durch, in Bildung
 - o Strukturell und inhaltlich (Universalität, Absicherung, ... / Persönlichkeitsbildung, Berufsorientierung, Menschenrechtsbildung
 - o For A Schema der Realisierung: Availability, accessibility, acceptability, adaptability (verfügbar und Zugang in DE kein Problem und Adaptierbarkeit und Annahme durch/für Sus unproblematisch)
 - o Reformforderungen Munios: weniger Selektion = IGS, größere Flexibilität der Schulen + unrealistische Forderungen wie ... (+ nicht neu und damals schon teilweise in Umsetzung)
 - o Stärker unter Gerechtigkeitsaspekt Debatte führen -> für A Schema und Trias der Menschenrechte als wichtiges Mittel der Umsetzung des Menschenrechts für Bildung
- Ursachen der Ungleichheit
 - o Familie wichtig, v.a. Mutter, öffentlicher vs. häuslicher Input, Schulklima schwer festzustellen, Schulsystem viele schwellen, die abgeschafft werden sollten, weil jedes Mal Leute verloren gehen
 - o Reformen: Kitas besser finanzieren weil Stellenwert zu niedrig (hohe relevant für z.B. Lesekompetenz, bessere Bezahlung, auch eigentlich geringe Kosten und hoher Output für den Staat)
 - o Merkmale guter schule: einladende Atmosphäre, gts, starke Differenzierung, Kollegialität etc.
- Kirchliche Stellungnahmen:
 - o 2. Vat. Konzil 1965:
 - o 1993
 - o 2011 DBK:
- Bildungsfinanzierung
 - o Gütertheorie
 - o Bildungsgutscheine
 - o Tabellen zur Verteilung
- Welches „Gut“ ist Bildung?
- Studienfinanzierung
 - o Historisch (Zweitstudium), Idee -> hoher privater Nutzen und teure Studiengänge
 - o Nicht gebühren, sondern Beiträge
 - o Pro
 - o Contra